

**EUROPÄISCHER BRIEF VOM
09.12.2005**

von Dr. Alois Mock, österreichischer Vizekanzler a.D.

DAS EUROPÄISCHE GESELLSCHAFTSMODELL

LETTRE EUROPÉENNE DU 09.12.2005

par Alois Mock, ancien Vice-chancelier d'Autriche

LE MODÈLE EUROPÉEN DE SOCIÉTÉ

**EUROPEAN LETTER OF THE
09.12.2005**

by Alois Mock, former Austrian Vice-chancellor

THE EUROPEAN MODEL OF SOCIETY

COUDENHOVE-KALERGI



FONDATION STIFTUNG FOUNDATION

Die "Europäischen Briefe" werden von der Coudenhove-Kalergi-Stiftung herausgegeben, die in Erinnerung an den Gründer der Paneuropa-Bewegung geschaffen worden ist. Sie erscheinen fallweise mit Beiträgen engagierter Europäer und Europäerinnen, die in Sorge um die Zukunft des Projektes Europa alles versuchen möchten, um dessen erfolgreiche Weiterentwicklung zu sichern. In einem offenen, konstruktiv-kritischen Dialog sollen die Hoffnungen und Chancen, die Zielsetzungen und Institutionen eines in vielgestaltiger Einheit verbundenen Kontinents in den Hirnen und Herzen der Bürgerinnen und Bürger Europas immer fester verankert werden.

Richard Coudenhove-Kalergi, Sohn eines Diplomaten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und seiner japanischen Frau, hat bald nach Ende des Ersten Weltkriegs als Gegengewicht zu den totalitären Versuchungen von Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus die Idee eines vereinten Europas entwickelt, 1923 die Paneuropa-Union gegründet und mit seinen Initiativen maßgeblich zur Schaffung des Europa-Rates 1949 beigetragen. Heute ist die Europäische Union die politische und wirtschaftliche Verwirklichung des europäischen Friedensprojektes, das in einer Welt neuer Herausforderungen und Bedrohungen mit den Anstrengungen der Besten unseres Kontinents weiter entfaltet und vertieft werden muss. Nichts und niemand soll eine erfolgreiche Fortführung dieses Werkes ernsthaft gefährden dürfen.

Die 1978 mit dem Sitz in Genf gegründete Coudenhove-Kalergi-Stiftung will durch Publikationen, Studienprojekte und Förderungspreise einen Beitrag zur Sicherung dieses Vorhabens leisten.

***Dr. Alois Mock, Vizekanzler und Außenminister a.D.
Präsident der Coudenhove-Kalergi Stiftung***

Das europäische Gesellschaftsmodell von Dr. Alois Mock

Das Gesellschaftsmodell, das dem Projekt Europäische Union zu Grunde liegt, hat sich im bisherigen europäischen Integrationsprozeß erfolgreich durchgesetzt. Das Friedensprojekt Europa, gestützt auf die uneingeschränkte Anerkennung von Menschenwürde, Menschenrechten, Freiheit für alle, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, steht als unbestrittenes Ordnungsgefüge fest. Ernsthaft bedroht ist es heute in und von einem Bereich, von dem die ganze erfolgreiche Entwicklung ihren Ausgang genommen hat: der Wirtschaft.

Manche sagen heute, der europäische Einigungsprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg und der Niederringung des Menschen verachtenden Nationalsozialismus sei mit dem Beginn in der Wirtschaftspolitik von falschen Prioritäten ausgegangen: Nicht bei der Wirtschaft, sondern in der Kultur hätte man ansetzen sollen. Eine solche Argumentation irrt, weil sie von der falschen Voraussetzung ausgeht, die Überwindung des Nationalismus könne durch Erziehung, Bildung im umfassendsten Sinn, Mentalitätsänderung bewerkstelligt werden. Als Dauerlösung ist diese Annahme sicher richtig, aber die Zeit, darauf zu warten, hatten die Gründungsväter des neuen Europa nicht. Daher unternahmen sie das Naheliegende, Logische und Richtige: Sie machten durch Verschränkung der Grundstoffindustrien von Frankreich und Deutschland einen neuen Krieg zwischen diesen bisherigen „Traditionsgegnern“ des europäischen Festlandes unmöglich. Italien und die Benelux-Länder machten von Anbeginn mit, und die „kriegsunfähige“ Kernzone breitete sich in den Folgejahren immer weiter aus.

Damit hatte die Wirtschaft ein Ziel vorgegeben, dem in den Bereichen Politik, Gesellschaft, aber auch in Kunst und Sport, wo die Zusammenarbeit schon vor Gründung der Gemeinschaft Kohle und Stahl und der späteren Wirtschaftsgemeinschaft begonnen hatte, zahlreiche weitere Integrationsschritte folgen konnten. Jeder einzelne dieser Schritte hat die allgemeine

Bewusstseinslage in den Völkern Europas beeinflusst und übernationales Zusammengehörigkeitsdenken gefördert. Das Friedensprojekt Europa wurde damit gesellschaftspolitisch, rechtspolitisch, kulturpolitisch, wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch und umweltpolitisch vertieft und abgesichert.

Heute steht jenseits aller Zweifel fest: Die Europäische Union hat geografische und gesellschaftspolitische Grenzen. Mitgliedschaft ist nicht unbegrenzt möglich, sondern an feste Voraussetzungen gebunden:

- Nicht nur verbale Anerkennung, sondern auch praktische Umsetzung von Menschenrechten einschließlich Förderung der Familie und Schutz von Minderheiten;
- Anerkennung von Anderssein, Toleranz (das Gegenteil von Indifferenz!), Bejahung multikulturellem Zusammenlebens unter strikter Anerkennung einer gemeinsamen Rechtsordnung;
- Bindung aller öffentlichen Akte an Verfassung und Gesetze, Schutz jeder Person vor staatlicher Willkür;
- Marktwirtschaft durch Gewährleistung verantwortlichen unternehmerischen Handelns sowie Freiheit in Produktion und Handel, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, aber unter Bedachtnahme auf fundamentale Erfordernisse der Menschenwürde.

Denn nicht vergessen dürfen wir dabei, daß sich mit der Bezwingung des zu Verarmung, Elend und Unfreiheit führenden brutalen Staatskapitalismus sowjetmarxistischer Prägung nicht Privatkapitalismus pur, sondern jene soziale Marktwirtschaft durchgesetzt hat, die weit blickende Wirtschaftswissenschaftler und Politiker nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt und später mit ökologischen Kriterien angereichert haben. Eine ökosoziale Marktwirtschaft belohnt die Anstrengungen aller leistungswilligen und leistungsfähigen Mitglieder der Gesellschaft und sichert gleichzeitig ein menschenwürdiges Leben für jene, die am Wirtschaftsprozeß aus Gründen der Jugend, des Alters, eines Unfalls oder einer Krankheit oder wegen Nichtvermittlungsfähigkeit am Leistungsprozeß nicht teilnehmen können.

Eine human temperierte Marktwirtschaft, die auch die schwächsten Glieder der Gesellschaft nicht vergißt, hat von Anbeginn der europäischen Integration zu den konstitutiven Merkmalen des Projektes Europa gehört. Von einer solchen sozialen Marktwirtschaft, die unser System vom rücksichtslosen „Kapitalismus ohne Adjektiv“ unterscheidet und die wir uns nach den Zerstörungen des Krieges leisten konnten, dürfen wir uns in Zeiten des Wohlstands nicht verabschieden. Von einem solchen Konzept dürfen wir uns auch durch eine wirtschaftspolitische Kurssetzung nicht abbringen lassen, die mit Reaganomics begonnen hat, von der heutigen US-Regierung verstärkt durchgeführt wird und den Gesetzen des Marktes zu starken Vorrang einräumt.

Diese unterschiedliche Akzentsetzung ändert nichts an der dankbaren Anerkennung Europas, dass die USA zum Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft 1945 den entscheidenden Beitrag geleistet haben, dass der Politik Präsident Reagans beim unblutigen Zusammenbruch des inhumanen kommunistischen Imperiums große Bedeutung zukam und dass die transatlantische Allianz zwischen der Europäischen Union und den USA auch in Zukunft die beste Garantie für die Durchsetzung von Menschenrechten und Menschenwürde sein wird.

Gerade deshalb muss sich die europäische Wirtschaftspolitik auch in Zukunft vorrangig am Menschen und nicht nur an blutleeren Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten orientieren. Aber auch die soziale Marktwirtschaft setzt ein konstantes ausreichendes Wirtschaftswachstum, das die derzeit herrschende Arbeitslosigkeit abbauen hilft, voraus. Für die Aufrechterhaltung eines höchstmöglichen Beschäftigungsstandes darf keine Anstrengung gescheut werden. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Sozial- und Wirtschaftspartner muss den Sozialstaat absichern helfen. Um das Erreichte zu bewahren, müssen wir der Tatsache ins Auge sehen, dass sich vieles von Grund auf geändert hat.

Europa ist also weiterhin eine große Herausforderung für die Zukunft und diese Herausforderungen sind größer den je.

Nennen wir hier nur die allerwichtigsten wirtschaftlichen Veränderungen: Der technische Fortschritt hat nicht nur das Leben leichter gemacht, sondern er hat die Produktionsmöglichkeiten in einer vor kurzem noch gar nicht vorstellbaren Form vergrößert. Von praktisch jedem industriell herstellbaren Produkt kann heute wesentlich mehr erzeugt werden als überhaupt gebraucht wird. Das bedeutet aber einen grundsätzlichen Wandel der elementaren Voraussetzungen, unter der unternehmerische Tätigkeit überhaupt stattfindet. Noch bis in die ersten Jahre nach dem zweiten Weltkrieg hinein war die Produktion von Gütern an der Nachfrage orientiert. Wer die richtigen Güter zu einem vernünftigen Preis produzieren konnte, brauchte sich um den Erfolg nicht zu sorgen. Heute dagegen muss sich jedes Unternehmen, auch und gerade wenn es international tätig ist, erst gegen massive weltweite Konkurrenz behaupten und durchsetzen können, um überhaupt eine Chance auf wirtschaftlichen Erfolg zu haben. Für die Existenzfähigkeit ist daher mehr denn je die Konkurrenzfähigkeit ausschlaggebend. Für die Unternehmen steht daher die Minimierung ihrer Kosten notgedrungen im Vordergrund aller Überlegungen. Das hat aber weitreichende Konsequenzen auf die Höhe der Lohnkosten, und auf die der Lohnnebenkosten. Deren Höhe ist aber wiederum ausschlaggebend für das mögliche Niveau sozialer Leistungen. Hier ist ein verhängnisvoller negativer Zusammenhang entstanden.

Die zweite nicht minder dramatische Konsequenz der Änderung der Produktionsverhältnisse ist die geänderte Rolle des Menschen. Noch bis vor wenigen Jahrzehnten war menschliche Arbeitskraft entscheidender Faktor jeder Produktion. Der Mensch wurde oft ausgebeutet, oft schlecht bezahlt und schlecht behandelt, aber gebraucht wurde er immer. Und genau das hat sich geändert. Immer mehr Produktion braucht immer weniger Menschen.

Diese Entwicklung ist noch lange nicht an ihrem Ende. In der Ökonomie wird dieser Sachverhalt auf die nüchterne Formel gebracht, die Rate des arbeitssparenden technischen Fortschrittes, die im langjährigen Durchschnitt bei etwa 3 % jährlich liegt, müsse durch ein Wirtschaftswachstum etwa gleicher Höhe ausgeglichen werden, sonst steige die Arbeitslosigkeit weiter.

Genau das ist derzeit in Europa der Fall. Das jährliche Wirtschaftswachstum liegt im Schnitt der letzten Jahre deutlich unter 3 %, und dementsprechend ist die Arbeitslosigkeit ständig gestiegen. Es gibt derzeit kein anderes Mittel gegen Arbeitslosigkeit als kräftiges Wirtschaftswachstum, und genau dieses Wachstum fehlt in Europa. Wenn es uns nicht gelingt, diese Wachstumsschwäche zu beheben, dann wird die Arbeitslosigkeit nicht nur weiterhin hoch bleiben, sondern sie wird sogar weiter steigen.

Ein traditionelles Mittel gegen derartige Wachstumsschwäche ist die Steigerung der Nachfrage. Nur funktioniert dieses klassische Rezept aus mehreren Gründen überhaupt nicht mehr. Lohnerhöhungen sind deshalb zum Problem geworden, weil die Löhne in Mittel- und Westeuropa vielfach höher sind als in Osteuropa, von Asien ganz zu schweigen. Der Widerstand der Unternehmen, die bei Lohnerhöhungen um ihre Konkurrenzfähigkeit fürchten, ist wesentlich härter geworden, und hat aus der subjektiven Sicht der Unternehmen gute Gründe. Oft reagieren Unternehmen auch mit der Auslagerung von Produktionen in Billiglohnländer. Der berechtigte Hinweis darauf, dass die Gewinne vieler Unternehmen in den letzten Jahren kräftig gestiegen ist, und sie sich daher Lohnerhöhungen durchaus leisten könnten, ebenso wie sie sich Auslagerungen sparen könnten, hilft wenig. Denn gerade die großen Unternehmen sind – auch wegen einer nicht immer glücklichen Kreditpolitik und Kreditkontrollpolitik der Aufsichtsbehörden – mehr denn je hinsichtlich ihrer Kapitalversorgung von einem international gewordenen Kapitalmarkt abhängig, der weltweit immer höhere Gewinnstandards ebenso durchsetzt wie eine verstärkte Berücksichtigung der Interessen der Aktionäre (weltweit als „Shareholder Value“ – Konzept bekannt geworden). Wer sich von diesen Zusammenhängen abkoppelt, wird nicht nur von den Aktionären abgestraft, sondern hat auf Dauer auch weniger Investitionskapital zur Verfügung.

Ein anderes denkmögliches Mittel zur Förderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wären verstärkte Investitionsausgaben des Staates. Einer solchen Strategie stehen nicht minder große Hindernisse entgegen. Die Defizite gerade der großen EU–Staaten liegen heute schon deutlich über der Obergrenze, die die Länder der EU selber vor einigen Jahren im Interesse der Geldwertstabilität eingezogen haben. Dazu kommt ein weiteres Problem, das in der Theorie noch viel zu wenig Aufmerksamkeit gefunden hat, obwohl es an praktischer Bedeutung in den letzten Jahren ständig zugenommen hat. Das ist der schlichte Umstand, dass große Vorhaben gar nicht mehr kurzfristig in Angriff genommen werden können. In fast allen Ländern Europas ist in den letzten Jahren der Umfang der erforderlichen Genehmigungen für Großprojekte ständig gestiegen, sind die Rechte der tatsächlich oder vermeintlich Betroffenen gestärkt worden, und sind damit die Genehmigungsverfahren immer länger geworden.

Kraftwerke, Autobahnen oder Tunnels mit einer Vorlaufzeit von weniger als zehn Jahren gibt es kaum mehr. Einen flexiblen, dem jeweiligen konjunkturellen Erfordernissen angepassten Einsatz von Investitionsausgaben zur Förderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hat sich die Politik mit der zunehmenden Verbürokratisierung selber verbaut.

Damit bliebe als Instrument der Steuerung von Konjunktur und Wachstum gerade noch die Angebotspolitik. Angebotspolitik bedeutet nicht zuletzt die Gestaltung der Rahmenbedingungen für unternehmerisches Verhalten. Wir müssen uns heute alle die Frage stellen, ob die Flut immer neuer Gesetze und Verordnungen nicht das genaue Gegenteil von dem bewirkt hat, was man eigentlich wollte: Man wollte faire Wettbewerbsbedingungen für Alle, und man bekam immer unübersichtlichere Reglementierungen und Behinderungen für Alle.

Europa steht, man kann es nicht eindringlich genug betonen, vor einer enormen Herausforderung. Und man wird dieser Herausforderung nicht durch stets neue Reglementierungen begegnen können. Europa braucht den Mut und die Entschlossenheit der heutigen und der nächsten Generationen, Europa braucht unternehmerische Gestaltungsfreude, Anstrengungs- und Risikobereitschaft und das Bewusstsein, dass allein der Versuch zur Erhaltung der bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse mühselig genug sein wird. Und manchmal könnte man den Eindruck gewinnen, dass mehr als bisher

getan werden muss, um der Europäischen Jugend dieses Bewusstsein auch tatsächlich zu vermitteln.

In den europäischen Ländern existiert de facto ein Grundkonsens über die Grundforderungen, die im Allgemeinen an den Staat gestellt werden.

LETTRE EUROPÉENNE DE LA FCK - FONDATION COUDENHOVE-KALERGI

Les "Lettres Européennes" sont éditées par la Fondation Coudenhove-Kalergi qui a été constituée en mémoire du fondateur du Mouvement paneuropéen. Elles comportent le cas échéant les contributions d'Européennes et d'Européens engagés qui, soucieux de l'avenir du projet européen, souhaitent mettre tout en œuvre afin de consolider avec succès son développement ultérieur. C'est à travers un dialogue ouvert, à la fois critique et constructif, que les espérances et les chances, les buts et les institutions d'un continent dont l'unité résulte de sa diversité devraient s'ancrer toujours plus fortement dans l'esprit et le cœur des citoyennes et des citoyens de l'Europe.

Richard Coudenhove-Kalergi, fils d'un diplomate de la monarchie austro-hongroise et de son épouse Japonaise, a développé dès la fin de la première guerre mondiale le projet d'une Europe unie comme contrepoids aux tentatives totalitaires du fascisme, du national-socialisme et du communisme. Il a créé l'Union paneuropéenne en 1923 et ses initiatives ont contribué de manière déterminante à la constitution du Conseil de l'Europe en 1949. Aujourd'hui, l'Union européenne est la concrétisation politique et économique du projet de paix européen. Dans un monde où se profilent de nouvelles provocations et de nouvelles menaces, ce projet doit être davantage développé et approfondi grâce aux efforts des élites de notre continent. Rien ni personne ne doit pouvoir sérieusement mettre en danger la poursuite de cette œuvre couronnée de succès.

La Fondation Coudenhove-Kalergi, créée en 1978 et dont le siège est à Genève, veut contribuer à la consolidation de ce dessein au moyen de publications, de projets d'études et par la remise de prix.

*Dr. Alois Mock, Vice-Chancelier et ancien Ministre des Affaires étrangères.
Président de la Fondation Coudenhove-Kalergi*

Le modèle européen de société par Alois Mock

Le modèle de société qui est à la base du projet d'Union Européenne s'est imposé avec succès dans l'actuel processus d'intégration européenne. Le projet européen de paix, fondé sur la reconnaissance sans restrictions de la dignité humaine, des droits de l'Homme, de la liberté pour tous, de la démocratie et de l'Etat de droit, représente un incontestable modèle d'ordre. Il est aujourd'hui menacé dans et par un domaine d'où est issu tout le développement dont on connaît le succès : l'économie.

Certains disent aujourd'hui qu'après la deuxième guerre mondiale et l'écrasement du national-socialisme méprisant l'être humain, le processus d'union européenne s'est basé, depuis le début de la politique économique, sur de fausses priorités : on n'aurait pas dû commencer par l'économie, mais par la culture. Un tel raisonnement est faux car il part de l'hypothèse erronée que le national-socialisme aurait pu être surmonté par l'éducation, l'instruction au sens large, le changement des mentalités. Comme solution à long terme, cette hypothèse est certainement exacte, mais le Pères fondateurs de la nouvelle Europe n'avaient pas le temps d'attendre. C'est pourquoi ils ont entrepris ce qui était à leur portée, et qui était à la fois logique et juste : en liant étroitement l'industrie du charbon et de l'acier de France et d'Allemagne, ils ont rendu impossible une nouvelle guerre entre les "ennemis héréditaires" du continent européen. L'Italie et les Etats du Benelux ont participé à cette entreprise dès le commencement et ainsi, la zone de "guerre impossible" s'est constamment élargie au cours des années suivantes.

L'économie a ainsi réalisé un objectif qui a permis d'accomplir de nombreux progrès en matière d'intégration dans les domaines de la politique, de la société ainsi que de l'art et du sport, où la coopération avait commencé avant la création de la Communauté du Charbon et de l'Acier et celle de la Communauté Economique Européenne qui a suivi. Chacun de ces progrès pris isolément a exercé une influence sur la conscience générale des populations européennes et a contribué à forger un sentiment supranational d'appartenance commune. Le projet européen de paix a ainsi été approfondi et consolidé à la fois en matière politique, sociale, juridique, culturelle, économique et environnementale.

Aujourd'hui une chose est sûre : l'Union Européenne dispose de frontières géographiques, politiques et sociales. La qualité de membre ne s'acquiert pas sans limites mais est soumise à des conditions strictes :

- Reconnaissance non seulement verbale, mais aussi réalisation concrète des droits de l'Homme, y compris encouragement aux familles et protection des minorités;
- Reconnaissance de la différence, tolérance (le contraire de l'indifférence !), approbation de la convivance multiculturelle dans la stricte reconnaissance d'un ordre juridique commun;
- Lien de tous les actes publics avec la Constitution et les lois, protection de chaque personne contre l'arbitraire de l'Etat;
- Economie de marché moyennant garantie du commerce d'entreprise responsable, ainsi que liberté de production et de commerce, de circulation des personnes, des services et des capitaux, mais dans le respect des exigences de la dignité humaine.

Car il ne faut pas oublier qu'avec la victoire sur le capitalisme d'Etat de facture marxiste soviétique conduisant à la pauvreté, à la misère et à l'absence de liberté, s'est imposé non pas le pur capitalisme privé, mais cette économie de marché sociale que les économistes et les hommes politiques à la vision lointaine ont développé après la deuxième guerre mondiale puis enrichi avec des critères écologiques. Une économie de marché éco-sociale récompense les efforts de tous les membres de la société qui peuvent et qui veulent être productifs/efficaces et garantit en même temps une vie digne à ceux qui, en raison de leur jeune âge, de leur grand âge, d'un accident ou de la maladie, ne peuvent pas prendre part au processus économique ou qui ne peuvent participer au processus productif pour d'autres motifs d'incapacité.

Depuis le commencement de l'intégration européenne, l'établissement d'une économie de marché à taille humaine, qui prend aussi en compte les membres les plus faibles de la société, fait partie des caractéristiques constitutives du projet européen. Nous ne pouvons pas, en cette ère de bien-être, renoncer à cette économie de marché sociale, qui distingue notre système du brutal "capitalisme inqualifiable" et que nous avons pu édifier après les destructions de la guerre. Nous ne pouvons pas non plus nous laisser détourner d'un tel concept par une orientation politico-économique, qui a commencé par la politique économique de Reagan, que le gouvernement américain actuel poursuit de plus belle et qui octroie la priorité aux lois du marché.

Ces précisions ne modifient nullement la gratitude reconnaissante de l'Europe envers les USA : ce sont eux qui ont fourni la contribution décisive pour mettre fin en 1945 à la

domination terroriste du national-socialisme; c'est grâce à la politique du Président Reagan que l'empire communiste inhumain s'est écroulé sans effusion de sang; et c'est l'alliance transatlantique entre les Etats-Unis et l'Europe qui sera, aussi à l'avenir, la meilleure garante de l'instauration des droits de l'Homme et de la dignité humaine.

C'est précisément pour ces motifs que la politique économique européenne doit, à l'avenir aussi, s'orienter principalement sur l'homme et pas seulement sur des principes et des lois anémiques. Mais l'économie de marché sociale présuppose aussi une croissance économique constante et suffisante, que le chômage qui règne actuellement tend à réduire. Il ne faut épargner aucun effort pour maintenir un taux d'occupation aussi élevé que possible. L'Etat social doit aider à assurer une collaboration confiante entre les partenaires sociaux et économiques. Pour sauvegarder l'acquis, il faut que nous acceptions de voir la réalité en face et que nous admettions que beaucoup de choses ont radicalement changé.

L'Europe est donc toujours un défi pour l'avenir et ses défis sont plus grands que jamais.

Prenons simplement un des changements économiques les plus importants : le progrès technique n'a pas seulement rendu la vie plus facile, il a aussi accru les capacités de production d'une manière insoupçonnée il y a peu de temps encore. Pratiquement tout produit fabriqué industriellement peut être construit en beaucoup plus d'exemplaires qu'il n'en faut. Mais cela implique un changement fondamental des données élémentaires qui sous-tendent l'activité des entreprises. Jusqu'aux premières années qui ont suivi la deuxième guerre mondiale, la production des biens était fonction de la demande. Celui qui produisait le bien adéquat à un prix raisonnable n'avait pas de soucis à se faire quant à son succès. De nos jours, en revanche, toute entreprise, surtout si elle est active internationalement, doit d'abord s'affirmer contre une concurrence mondiale massive et s'imposer pour avoir une chance de rencontrer le succès économique. La capacité concurrentielle est plus que jamais déterminante pour la viabilité. La réduction drastique des coûts constitue donc pour les entreprises la principale priorité. Cela a de grandes conséquences sur le montant des salaires et des charges salariales. Leur niveau détermine à son tour le niveau possible des prestations sociales. Voilà une connexion lourde de conséquences négatives.

La deuxième conséquence non moins dramatique du changement des rapports de production est la modification du rôle de l'homme. Jusqu'à il y a quelques décennies, la main-d'œuvre était le facteur principal de toute production. L'homme était souvent exploité, souvent mal payé et mal traité, mais il était toujours employé. Et c'est justement cela qui a changé. La production toujours plus importante utilise de moins en moins l'homme.

Cette évolution est loin d'être achevée. En économie, cet état de fait est réduit à cette formule sobre selon laquelle la quote-part d'évolution technique qui économise la main-d'œuvre, qui est de l'ordre de 3 % en moyenne à long terme, doit être compensée par une croissance économique de même ampleur, à défaut de quoi le chômage augmente.

C'est précisément ce qui se passe actuellement en Europe. La croissance économique de ces dernières années se situe en moyenne nettement au-dessous de 3 %, raison pour laquelle le chômage a constamment augmenté. Aujourd'hui, seule une forte croissance économique peut enrayer le chômage et cette forte croissance fait défaut en Europe. Si nous ne parvenons pas à remédier à cette faible croissance, non seulement le chômage restera élevé, mais il continuera à augmenter.

Un moyen de lutte traditionnel contre la faible croissance est l'augmentation de la demande. Mais cette recette classique ne fonctionne plus du tout pour plusieurs motifs. Les augmentations de salaire créent problème parce que les salaires en Europe centrale et occidentale sont beaucoup plus élevés qu'en Europe de l'Est, sans parler de l'Asie. La résistance des entreprises, qui craignent de ne plus être concurrentielles si elles augmentent les salaires, est devenue plus forte et se justifie pleinement du point de vue subjectif des entrepreneurs. Ceux-ci réagissent souvent en délocalisant leur production dans des pays à bas salaires. Ils n'ont cure qu'on leur signale que les profits de nombreuses entreprises s'est fortement accru ces dernières années et qu'ils peuvent de ce fait se permettre d'augmenter les salaires et éviter de délocaliser. Car ce sont précisément les grandes entreprises qui – aussi en raison d'une politique de crédit et d'un contrôle de ladite politique pas toujours heureuse - sont dépendantes d'un marché des capitaux qui est devenu international et qui impose des standards de salaires (minima salariaux) toujours plus élevés telle une prise en compte plus forte des intérêts des actionnaires (connu mondialement sous le concept de "Shareholder Value"). Celui qui ne tient pas compte de ces éléments est non seulement sanctionné par les actionnaires mais dispose aussi à la longue de moins de capitaux d'investissement.

Un autre moyen envisageable pour encourager la demande économique d'ensemble pourrait consister en de plus grandes dépenses d'investissement des Etats. Une telle stratégie n'est pas sans inconvénients. Les déficits des grands Etats de l'UE ont nettement dépassé la limite supérieure que les Etats de l'UE ont eux-même tracée il y a quelques années dans l'intérêt de la stabilité monétaire. A cela s'ajoute un autre problème qui n'a été que trop peu examiné dans la théorie alors même qu'il n'a cessé, dans la pratique, d'acquiescer de l'importance au cours des dernières années. C'est le simple fait que les grands projets ne peuvent plus être entrepris à court terme. Au cours des dernières années, dans presque tous les pays d'Europe, l'ampleur des autorisations nécessaires à la réalisation de grands projets s'est constamment élargi, les droits des personnes réellement ou prétendument concernées se sont renforcés, de sorte que les procédures d'autorisation se sont considérablement allongées.

Il n'est pratiquement plus possible de construire une centrale électrique, des autoroutes ou des tunnels dans un délai inférieur à dix ans. La politique, avec sa bureaucratisation croissante, a elle-même empêché la mise en place flexible et adaptée aux exigences conjoncturelles de dépenses d'investissement permettant d'encourager la demande économique d'ensemble.

Il reste ainsi la politique de soumission comme instrument de direction de la conjoncture et de la croissance. La politique de soumission ne signifie pas en fin de compte la création des conditions cadres du comportement des entreprises. On doit aujourd'hui se poser la question de savoir si le flux croissant de nouvelles lois et ordonnances n'a pas conduit à l'exact contraire de ce qu'on a toujours voulu : on voulait des conditions de concurrence loyales pour tous, et on a tous obtenu des réglementations et des empêchements toujours plus embrouillés.

Il faut dire avec beaucoup d'insistance que l'Europe se trouve devant un énorme défi. On ne peut pas relever ce défi avec une réglementation sans cesse accrue. L'Europe a besoin du courage et de la détermination des générations actuelle et future, l'Europe a besoin d'un pouvoir créateur et entreprenant, elle doit être capable de faire des efforts et d'assumer des risques, et de prendre conscience que la seule tentative de maintenir les relations sociales et économiques existantes sera difficilement suffisante. Et il faudrait parfois avoir l'impression qu'il faut faire plus que ce qui a été fait jusqu'à présent pour transmettre véritablement cette

conscience à la jeunesse européenne. Il existe de fait dans les Etats européens un consensus de base sur les exigences minimales qui sont généralement attribuées à l'Etat.

EUROPEAN LETTERS OF THE CKF – COUDENHOVE-KALERGI FOUNDATION

The "European Letters" are published by the Coudenhove-Kalergi Foundation, which was established in memory of the founder of the Paneuropa movement. They appear on an ad hoc basis with contributions written by dedicated Europeans who are committed to ensuring the successful future development of the European project. The hopes and opportunities, the goals and institutions of a continent united in its diversity shall be increasingly anchored in the minds and hearts of the European citizens by an open, constructively critical dialogue.

Richard Coudenhove-Kalergi, son of a diplomat of the Austro-Hungarian Monarchy and his Japanese wife, developed soon after World War I the idea of a united Europe as a counterbalance to the totalitarian temptations of fascism, National Socialism and communism. He founded the Paneuropa-Union in 1923 and contributed decisively to the founding of the Council of Europe in 1949. Today the political and economic realisation of the European peace project, which needs to be developed and deepened in a world of new challenges and threats through the efforts of the best of our continent, is with the European Union. Nothing and no one shall endanger the successful continuation and development of this project.

The Coudenhove-Kalergi Foundation is dedicated to ensuring the success of this unique project by means of publications, study projects and granting of awards.

Dr. Alois Mock

Former Vice Chancellor and Minister for Foreign Affairs

The European Model of Society

By Dr. Alois Mock

The model of society underlying the project of the European Union has successfully prevailed throughout the European integration process. The European peace project, based on the absolute recognition of human dignity, Human Rights, freedom for everybody, democracy and the rule of law stands firm as uncontested concept of order. The only serious threat today comes from where the whole story of success has started: the economy.

Some say today that after World War II and the defeat of inhuman national socialism the European unification process has started from the wrong priorities by focussing economic policy: instead of economic policy it should have fostered cultural policy. Such arguments are wrong and misconceiving, as if nationalism could be overcome by education in the narrow and broader sense or by change of mentality. That approach may be right in the long term but the founding fathers of the new Europe didn't have the time to wait. That is why they undertook what was obvious, logical and right: By "organic control" of German and French basic industries they made a new war between these traditional adversaries on the European continent impossible. Italy and the Benelux states joined from the beginning, and so the core zone of states disabled of making war expanded in the following years. That example showed how the economy set a target that could be followed by many more steps of integration in politics, society, but also in arts and sports, where cooperation had started already before the founding the Coal and Steel Community and the later European Economic Community. Each single step influenced the common awareness of the European nations and fostered their sense of togetherness. Thereby the European peace project was deepened and ensured.

Today one thing is certain beyond doubt: The European Union has geographic and socio-political limits. Membership cannot be unlimited but must be tied to strict conditions:

- Not only verbal recognition but also practical implementation of Human Rights including affirmative action for families and protection of minorities
- Recognition of differences, tolerance (the opposite of indifference!), affirmation of multicultural coexistence under strict recognition of the common rule of law.;
- Commitment of all public acts to constitution and law; protection of individuals from state arbitrariness;
- Market economy safeguarded by responsible entrepreneurial action as well as freedom of production and trade, free movement of persons, goods, services and capital, but taking into account the fundamental requirements of human dignity.

Because we should keep in mind that the brutal soviet-marxist state capitalism which led to impoverishment, misery and oppression wasn't defeated by pure private capitalism but by the social market economy as developed by far-sighted economists and politicians after World War II and later amended by ecological criteria. The eco-social market economy rewards the efforts of all members of society capable and willing to perform and ensures a decent life for those who cannot participate in the economic process for reasons of youth, old age, accident, illness or non-employability.

From the very beginning of European integration a market economy tempered with human dignity, that does not abandon the weakest members of society, has been a constitutive feature of the European project. In times of wealth we must not abandon that social market economy which distinguishes our system from that of ruthless "capitalism without adjective" and which we could afford in the ruins of the post-war period. Likewise we must not abandon it by adopting an economic line which started with Reaganomics, which is boosted by the current US government and which prioritizes the rules of the market.

That difference of focus does not in the least touch Europe's grateful recognition of the United States' decisive contribution to end the national socialist reign of terror, nor the influence of President Reagan's policy on the bloodless collapse of the inhuman communist empire nor the fact that the transatlantic alliance between the European Union and the United States will remain the best guarantee for the implementation of Human Rights and human dignity.

European economic policy must therefore remain geared mainly towards the human being instead of anaemic principles and laws. But of course the social market economy relies on constant economic growth which allows to reduce the rate of unemployment. No efforts must be spared to maintain the highest possible standard of employment. A trustful co-operation of the social and economic partners must contribute to safeguard the welfare state. In order to preserve what we have achieved we must acknowledge that many things have changed.

Europe continues to be a great challenge of the future, and today this challenge is greater than ever.

Let me refer just to the most important economic changes: Technical progress hasn't just made life easier but it has increased production capacities to an extent that couldn't be imagined before. Each industrially manufactured product can be produced today in much higher numbers than ever needed. That entails a fundamental change in the elementary preconditions of entrepreneurial action. Even in the first years after World War II the production of goods still used to be in line with the respective demand. Those who managed to produce the right goods at a reasonable price didn't have to worry about profit. Today, however, each company, even and particularly if it is acting on the international level, must compete with worldwide rivals in business before it even gets the chance to make profit. Today the key to success lies more than ever in competitiveness. Companies will therefore focus on minimizing costs, which has far-reaching consequences on labour costs and payroll fringe costs. The wage level will determine the possible level of social contributions, thus leading to a fatal impasse.

The second no less dramatic consequence of changing production circumstances lies in the different role of man today. Until a few decades ago human labour was the decisive factor in each production process. Human labour was often exploited, badly paid and badly treated but it was always needed. That has changed. Production increases while human labour decreases.

That development is far from being completed. In economic terms it is reduced to a simple formula: the rate of labour-saving technical progress, which is about 3% on the long-term average, must be compensated by economic growth of the same percentage, otherwise unemployment will continue to grow.

That is exactly the case with Europe. The annual economic growth rate in recent years averages less than 3%, which has led to a corresponding rise in unemployment. There is no other remedy to unemployment than robust economic growth, but this is exactly what Europe is lacking. If we are not successful in overcoming that weakness in economic growth the high unemployment rate will not only remain high but it will increase.

Increasing demand is a traditional remedy against weak economic growth but for several reasons this classical formula is no longer valid. Wage increases have become a problem because wages are much higher in Central and Western Europe than in Eastern Europe, not to mention Asia. For good reasons from their subjective point of view companies are hardening their resistance against wage increases as they fear the loss of competitiveness. Frequently enough they go for outsourcing in low labour cost countries. Pointing to the fact that companies have strongly increased their profit in recent years and could certainly afford wage increases doesn't really help, as many big companies depend more than ever on an internationally acting capital market which is pushing through higher profit standards as well as an increased influence of shareholders interests (known as the "shareholder value – concept"). Those who ignore these interrelations will not only be punished by the shareholder but will in the long run also have less investment capital at their disposal.

Another possible means to boost economic growth is to increase public investment spending, a strategy which is opposed by many obstacles. The budget deficits of the big EU states already clearly exceed the limits set by the EU countries a few years ago for the sake of monetary stability. This adds to another problem which has been paid little attention in theory

so far although its practical impact has increased in recent years: the simple fact that big projects can no longer be launched at short notice. In most European countries the number of permits and licences required for big projects has constantly increased as the rights of persons actually or putatively concerned have been strengthened, which leads to long delays in authorisation procedures. Power plants, highways, tunnels require a lead time of more than ten years today. A flexible use of investment spendings that could balance cyclical needs to boost economic demand has been stalled by politics as a result of increasing bureaucracy.

The only remaining instrument for managing economic reflation and growth is supply policy. Supply policy implies, last but not least, the shaping of a framework for entrepreneurial action and behaviour. We all have to ask ourselves whether the flood of new laws and regulations hasn't produced quite the contrary of what was intended: we wanted to create fair competitive conditions for all but we got complex and confusing regimentations and obstructions for all.

Europe is facing an enormous challenge – we must not cease to point to it. And we cannot rise to it by ever-growing regimentation. Europe needs the courage and the firmness of today's and coming generations, Europe needs entrepreneurial creativity, readiness to work hard and to take risks, and it must be aware that the efforts only to preserve the existing social and economic standards will be tough and drastic. Looking at Europe today, however, one could get the impression that we have to increase efforts first to make the European youth aware of this challenge.

In European countries there is a basic de-facto consensus on the elementary demands generally made towards the State